

Presseinformation

19. Januar 2021

Private Banken unterstützen den Aktionsplan der EU zur Finanz- und Wirtschaftspolitik



■ Kapitalmarktunion und digitaler Finanzbinnenmarkt als Fundament für mehr europäische Souveränität

Die Europäische Kommission hat ihren Aktionsplan „The European economic and financial system – fostering openness, strength and resilience“ heute veröffentlicht. „Es ist richtig, dass die Kommission mit einem starken und effizienten Finanz- und Binnenmarkt weiter vorankommen will. Wie wichtig das ist, hat die Corona-Pandemie noch deutlicher gemacht: Europa muss geschlossener die internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik mitgestalten“, sagte Christian Ossig, Hauptgeschäftsführer des Bankenverbandes und Vorsitzender des Executive Committee des europäischen Bankenverbandes EBF.

„Mehr europäische Souveränität braucht zwingend ein solides Fundament. Es wird allerhöchste Zeit, Kapitalmarktunion und Finanzbinnenmarkt voranzubringen. Je stärker und widerstandsfähiger die EU hier wird, umso besser können auch europäische Interessen im globalen Wettbewerb gewahrt werden“, sagte Ossig.

Kontakt

Dr. Kerstin Altendorf
Bundesverband
deutscher Banken e.V.
Director, Pressesprecherin
Tel. +49 30 1663-1250
kerstin.altendorf@bdb.de

Schlagworte

Kapitalmarktunion
EU

Presseinformation

„Ein integrierte EU-Bankenmarkt bringt Vorteile von 95 Milliarden Euro jährlich für Bürger und Unternehmen.“ Dies ist das Ergebnis einer aktuellen Studie im Auftrag des Bankenverbandes. Auch sei die langfristige Sicherung der digitalen Souveränität Europas eine Grundvoraussetzung für die Innovationsfähigkeit europäischer Unternehmen. Gleichzeitig sind bereits heute viele Banken und Finanzdienstleistungsunternehmen auf globale Kooperationen im Technologieumfeld angewiesen. „Es wird ein Balanceakt, die digitale Souveränität Europas zu stärken und gleichzeitig ausreichend Offenheit und Flexibilität für Unternehmertum in einer globalisierten Welt zu behalten.“

Die Einbindung der europäischen Banken in das globale Finanzsystem sei weiterhin notwendig, damit sie auch in Zukunft an der Seite der Unternehmen stehen können.

„Eine weitere Fragmentierung von Märkten kann nicht im Interesse Europas sein. Das hat gerade erst schmerzlich der Austritt Großbritanniens aus der EU gezeigt.“